

Welche Parteien bevorzugen Menschen mit Migrationshintergrund?

Henriette Litta • Alex Wittlif

Die Bevölkerung in Deutschland wandelt sich: Durch demografische Alterung und anhaltend hohe Nettozuwanderung ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund auf zuletzt 17 Millionen im Jahr 2015 gestiegen (Statistisches Bundesamt 2016). Das entspricht etwa 21 Prozent der Gesamtbevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Wähler mit Migrationshintergrund haben für die Demokratie in Deutschland damit schon heute großes Gewicht und werden die politische Landschaft in Zukunft noch stärker mitgestalten. Im Vorfeld der letzten Bundestagswahl (2013) zählte der Bundeswahlleiter 5,8 Millionen Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund. Es geht aber um mehr als das Wählen. Für die Parteien in Deutschland sind Menschen mit Migrationshintergrund auch als Mitglieder oder zukünftige Mandats- und Funktionsträger interessant. Die Zahl der Menschen, die Mitglied einer politischen Partei sind, ist in Deutschland zwischen 1990 und 2015 auf die Hälfte gesunken (1). Der Anteil der Parteimitglieder mit Migrationshintergrund wird bislang allerdings nicht erfasst; nichtrepräsentative Erhebungen zeigen aber, dass sie deutlich unterrepräsentiert sind (2).

Das Wissen zum Wahlverhalten bzw. zu den Parteineigungen dieser ebenso großen wie heterogenen Gruppe ist dennoch überraschend gering. Das SVR-Integrationsbarometer 2016 schließt diese Lücke, indem es die Parteipräferenz von insgesamt etwa 4.000 Menschen mit Migrationshintergrund erfasst. Dabei ermittelte das Integrationsbarometer die Parteinähe von Ausländern sowie Deutschen (3). Zu beachten ist: Die Parteipräferenz drückt die langfristige Neigung zu einer bestimmten Partei aus; daher kann sie generell auch als Hinweis gewertet werden, dass die betreffende Person sich dem politischen Parteiensystem in Deutschland verbunden fühlt. Sie hängt zwar eng mit dem tatsächlichen Wahlverhalten zusammen, gilt aber in Abgrenzung zur konkreten Wahlabsicht als eine stabilere Bindung.

Während bei der Frage nach der Wahlabsicht («Sonntagsfrage») oft auch taktische oder sonstige kurzfristige Überlegungen eine Rolle spielen, ist die Frage nach der Parteibindung langfristig ausgerichtet. Bei der Herausbildung einer Parteibindung ist besonders die frühe Sozialisation im Elternhaus und darüber vermittelt das Bildungsniveau und die soziale Lage eines Individuums oder die Werte und Normen des sozialen Umfelds wichtig. Bei Zuwanderern ist die Entstehung einer Parteineigung zudem häufig mit der individuellen Migrationsbiografie verbunden: Nach der Ankunft im Zielland orientieren sie sich im neuen politischen System, indem sie die einzelnen Parteien und deren Angebote vor dem Hintergrund ihrer politischen Bildung und Sozialisation im Herkunftsland einordnen.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland genauso stark für die politischen Parteien interessieren wie Menschen ohne Migrationshintergrund. In beiden Gruppen geben knapp 70 Prozent an, dass sie eine bestimmte politische Partei präferieren. Wichtig für die Herausbildung einer Parteipräferenz ist besonders die Aufenthaltsdauer in Deutschland. Je länger die Personen in Deutschland leben, desto häufiger bevorzugen sie eine bestimmte Partei. Damit eine Person mit Migrationshintergrund überhaupt eine bestimmte Partei benennen kann, der er tendenziell zuneigt, muss er sich im politischen System der Bundesrepublik erst einmal so weit orientieren, dass ihm die verschiedenen Parteien und ihre jeweilige Positionierung in der politischen Landschaft zumindest grob bekannt sind.

Interessant ist außerdem, dass Frauen mit Migrationshintergrund signifikant seltener eine Parteipräferenz angeben als Männer. Der Abstand zwischen den Geschlechtern ist aber je nach Herkunft unterschiedlich hoch. So geben bei den Spät-/Aussiedlern nur etwa 62 Prozent der Frauen, jedoch rund 79 Prozent der Männer an, dass sie eine Partei in Deutschland bevorzugen. Ähnlich groß ist die Lücke bei den Türkeistämmigen (Frauen: 63,4 %; Männer: 78,6 %) und bei denen, die seit 2001 aus der EU zugewandert sind (Frauen: 46,4 %; Männer: 55,1 %). Gering sind die Unterschiede hingegen bei den Befragten ohne Migrationshintergrund, den Personen mit Migrationshintergrund aus der »übrigen Welt« und Menschen aus der EU, die bis 2000 eingewandert sind. Die Abweichungen sind möglicherweise damit zu erklären, dass politisches Interesse eher einem männlichen Rollenbild zugemessen wird.

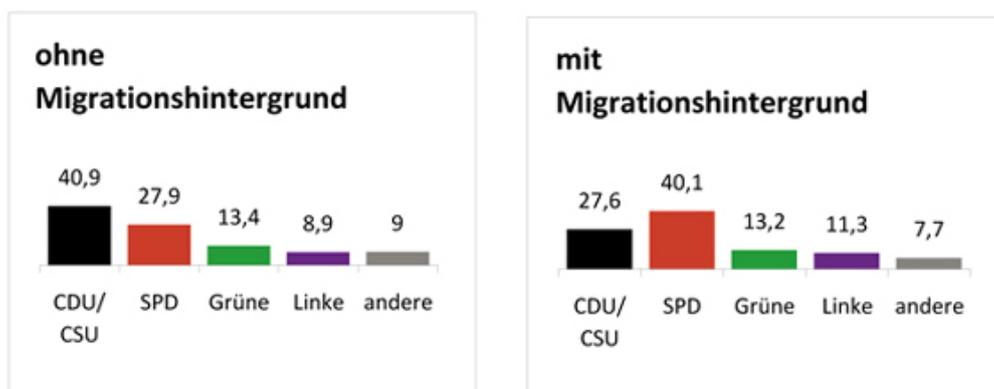


Abb. 1 Parteipräferenzen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016, gewichtete Daten

Fasst man alle befragten Personen mit Migrationshintergrund zusammen, bevorzugen sie deutlich die SPD (40,1 %) vor der CDU/CSU (27,6 %). Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund ist das Ergebnis fast spiegelverkehrt: Hier steht die Union in der Gunst der Befragten deutlich vor der Sozialdemokratie (40,9 % gegenüber 27,9 %). Die Studie erfasst nicht nur Spät-/Aussiedler und Türkeistämmige, sondern auch andere Gruppen: EU-Zuwanderer, die bis zum Jahr 2000 nach Deutschland gekommen oder hierzulande geboren sind, EU-»Neuzuwanderer« (die ab 2001 zugewandert sind) und Personen aus der »übrigen Welt«.

	Spät-/Aussiedler	Türkeistämmige	EU ≤ 2000	EU > 2000	übrige Welt
CDU/CSU	45,2	6,1	29,1	42,3	19
SPD	25,6	69,8	41,3	24,5	39
Grüne	8,2	13,4	15,5	12,4	16,9
Linke	11,5	9,6	6,9	10,7	15,4
andere	9,5	1,1	7,2	10,1	9,7

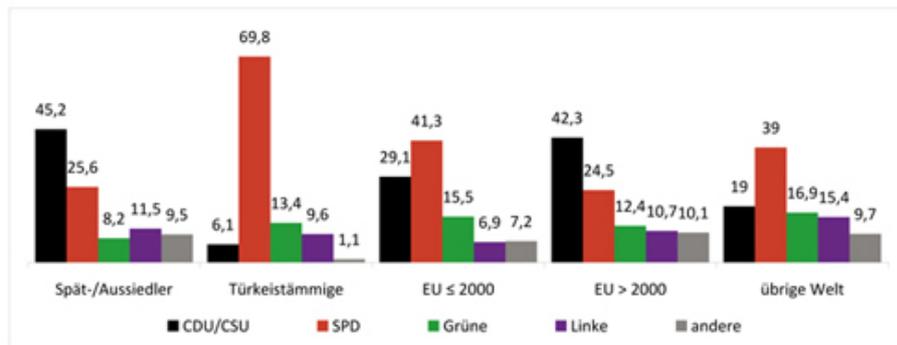


Abb. 2 Parteipräferenzen von Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppe
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016, gewichtete Daten

Bei den Spät-/Aussiedlern zeigt sich in der traditionellen Zustimmung zur CDU/CSU ein regelrechter Einbruch. Zwar finden die Unionsparteien in dieser Gruppe nach wie vor am meisten Zuspruch, aber es sind nur noch etwas über 45 Prozent, die der Union zuneigen, während es zwischen 2000 und 2008 im Durchschnitt noch rund 65 Prozent waren (4).

Dass sie in den 1990er Jahren zunächst stark den Unionsparteien zuneigten, lässt sich vermutlich zum Teil durch die aussiedlerfreundliche Politik der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP erklären. Ein weiterer Grund ist aber, dass linksgerichtete Parteien mit dem als repressiv wahrgenommenen sozialistischen System in den Staaten des früheren Warschauer Pakts verknüpft wurden (5). Deutlich häufiger als in früheren Erhebungen wird Die Linke bevorzugt. Diese Partei hat das »DDR-Erbe« ihrer Vorgängerpartei PDS in den 2000er Jahren weitgehend abgelegt und sich vom linksautoritären Arbeiterstaat zunehmend entfernt, was auch personell deutlich wird. Es ist zu vermuten, dass sie dadurch auch für Spät-/Aussiedler »wählbar« wurde; in der Gunst dieser Gruppe steht sie jedenfalls mit 11,5 Prozent im Jahr 2015 an dritter Stelle. Dieser Trend ist bislang gänzlich unbeobachtet geblieben. Er zeigt sich auch in Bezug auf Bündnis 90/Die Grünen, mit denen ebenfalls immer mehr Spät-/Aussiedler sympathisieren. Dennoch bleibt die CDU/CSU in der Gunst dieser Herkunftsgruppe klar vorn. Insgesamt ähnelt die Parteineigung der Spät-/Aussiedler nun der der Mehrheitsbevölkerung. Mit dem längeren Aufenthalt in Deutschland rücken offensichtlich andere Themen stärker in den Vordergrund und die politischen Positionen werden vielfältiger.

Für die Türkeistämmigen bestätigen die Daten mit 70 Prozent Zustimmung zur SPD die stabile Bindung an die Sozialdemokratie, die aus früheren Untersuchungen bekannt ist. Weitere 13,4 Prozent der Befragten dieser Gruppe neigen den Grünen zu und 9,6 Prozent der Linken. Insgesamt ist also festzuhalten, dass neun von zehn Türkeistämmigen in Deutschland eine Partei links der Mitte bevorzugen.

Die stabile Bindung der Türkeistämmigen an die Sozialdemokratie erscheint nachvollziehbar, schließlich hat sich die SPD schon ab der späten »Gastarbeiterära« für Themen wie die doppelte Staatsangehörigkeit und einen erleichterten Familiennachzug eingesetzt. Die Leitkulturdebatte, die vor allem die Union zu verschiedenen Zeitpunkten geführt hat, und die überwiegende Ablehnung des »Doppelpasses« dürften dagegen auf die Türkeistämmigen, die teilweise in der dritten Generation in Deutschland leben, eher befremdlich gewirkt haben (6).

Die vor dem Jahr 2000 eingewanderten oder in Deutschland geborenen EU-Zuwanderer bevorzugen dagegen mehrheitlich die SPD oder auch andere Parteien links der Mitte wie die Grünen und Die Linke. Diese Gruppe ist vergleichsweise heterogen; es überwiegen »Gastarbeiter« bzw. deren Nachkommen, also Menschen italienischer, griechischer oder portugiesischer Herkunft. Aber auch Personen aus alten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (z. B. Frankreich und Großbritannien) sowie Personen aus »EU-Neulingen« (z. B. Kroatien und Ungarn) sind hier vorzufinden. In der Gunst dieser Gruppe liegt die SPD mit gut 41 Prozent deutlich vor der CDU/CSU (29,1 %). Vergleichsweise hoch ist mit 15,5 Prozent die Zustimmung zu den Grünen. Besonders stark ist die Bindung von Personen mit Migrationshintergrund aus Italien und Griechenland zur SPD. Die Stimmanteile für die CDU/CSU gehen hauptsächlich auf polnische Zuwanderer zurück, die in den 1990er Jahren eingereist sind.

Die Unionsparteien finden großen Zuspruch bei den *EU-Neuzuwanderern*, die vor allem aus Polen, Rumänien und Bulgarien kommen. Weitere große Anteile dieser Gruppe bilden Zuwanderer aus Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders seit 2009 zu Beschäftigungs- und Ausbildungszwecken nach Deutschland gekommen sind. Im nichtkonservativen Spektrum verteilen sich die Präferenzen auf SPD, Grüne und Linke.

Personen mit Migrationshintergrund aus der »übrigen Welt« bilden die vielfältigste Herkunftsgruppe im SVR-Integrationsbarometer: Fast einhundert verschiedene Herkunftsländer sind hier zusammengefasst. Als bevorzugte Partei wird mit 39 Prozent am häufigsten die SPD benannt. An zweiter Stelle steht die CDU/CSU; ihr Zustimmungswert ist allerdings mit 19 Prozent nur halb so hoch wie der der SPD und liegt zudem nur leicht vor dem der Grünen (16,9 %). Auch Die Linke erfährt mit 15,4 Prozent vergleichsweise hohen Zuspruch. Es ist zu vermuten, dass Personen dieser Herkunftsgruppe u. a. deshalb mehrheitlich Parteien des linken Spektrums zuneigen, weil sie wegen ihres Aussehens (*visible minority*) und ihrer Zugehörigkeit zum islamischen Glauben besonders häufig Benachteiligung und Diskriminierung erleben. Denn diese Parteien setzen sich traditionell stärker für eine chancengleiche Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund ein.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Personen mit Migrationshintergrund sind nicht zwangsläufig weniger an Parteipolitik interessiert als Menschen ohne Migrationshintergrund: Sie benötigen eine gewisse Orientierungsphase, um sich mit den politischen Gegebenheiten und dem Parteiensystem im Land vertraut zu machen, doch dann sind ihre Parteibindungen genauso stabil wie die der »Einheimischen«.

Es wäre also hilfreich, wenn Parteien die Personen mit Migrationshintergrund möglichst früh ins politische Geschehen einbeziehen, um diese Orientierungsphase zu verkürzen. Ein Mittel dazu wären etwa mehrsprachige Internetauftritte (7).

Interessant dürfte für die politischen Parteien auch der festgestellte auffällige Unterschied zwischen den Geschlechtern sein: Frauen aus den Herkunftsgruppen Türkei, Spät-/Aussiedler und EU \leq 2000 geben deutlich seltener eine Parteineigung an als Männer. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass sie grundsätzlich weniger an Politik interessiert sind als Männer. Es könnte auch sein, dass sie von den Parteien nicht dort abgeholt werden, wo sich ihre Lebenswirklichkeit abspielt. Um diese Frauen könnten die Parteien mit spezifischen inhaltlichen Angeboten gezielt werben.

Grundsätzlich ist die Forschungs- und Datenlage zur Parteipräferenz von Personen mit Migrationshintergrund bisher unbefriedigend. So weiß man kaum etwas darüber, wie die Communities der einzelnen Herkunftsgruppen den politischen Wettbewerb wahrnehmen, über welche Kanäle sie Informationen austauschen, welche Koalitionen und Kandidaten sie bevorzugen und wie sich all dies auf ihre Parteineigungen auswirkt. Mehr empirisches Wissen in diesem Bereich könnte politische Akteure dafür sensibilisieren, wie die Personen mit Migrationshintergrund das politische Geschehen wahrnehmen. Dadurch würde es für sie möglicherweise auch attraktiver, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Auch die aktuelle hohe Fluchtmigration und die damit verbundene Zunahme von Personen mit Migrationshintergrund aus der »übrigen Welt« können bewirken, dass sich die Parteineigungen insgesamt verschieben. Personen dieser Herkunftsgruppe tendieren bisher stärker als Personen ohne Migrationshintergrund zum linken Parteienspektrum. Ob dies auch für die Gruppe der jüngst nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge gilt, lässt sich indes noch nicht sagen. Denn viele von ihnen verknüpfen ihre Chance, nach Deutschland zu kommen und hier einen Asylantrag zu stellen, mit der Politik der amtierenden Bundeskanzlerin, die der Union angehört. Zukünftige Studien müssen zeigen, ob diese Zugewanderten im Zuge der Integration stabile Parteineigungen herausbilden und ggf. welche. Sofern sich ihre Aufenthalte verfestigen und sie eingebürgert werden, können sie in nicht allzu ferner Zukunft den Ausgang von Wahlen in Deutschland mitentscheiden.

Personen mit Migrationshintergrund bilden ein wichtiges Potenzial für die Parteien – unabhängig davon, ob sie wahlberechtigt sind oder (noch) nicht. Aus Parteipräferenzen werden früher oder später Stimmen, die wahlentscheidend sein können. Es reicht nicht, die Personen mit Migrationshintergrund nur als potenzielle Wähler zu sehen. Um sie am Prozess der politischen Willensbildung stärker zu beteiligen, müssen die Parteien auch versuchen, sie als Mitglieder oder Mandatsträger zu gewinnen. Als Mitglieder und Mandatsträger tragen Personen mit Migrationshintergrund das Gefühl, in der Gesellschaft wahrgenommen zu werden, Mitspracherechte zu haben und damit auch »angekommen« zu sein, in ihre Communitys und stärken damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt (8).

Insofern ist es von zentraler Bedeutung, dass es den Parteien gelingt, die zugewanderte Bevölkerung zu binden – gerade etwa auch angesichts der aktuellen Bestrebungen des türkischen Präsidenten Erdogan, die in Deutschland lebenden Türkeistämmigen für parteipolitische Interessen in der Türkei zu instrumentalisieren.

Im Sinne einer politisch-gesellschaftlichen Integration ist es darüber hinaus notwendig, dass die Parteien die Bedürfnisse von Personen mit Migrationshintergrund in ihren Programmen angemessen berücksichtigen und sich für Personen mit Migrationshintergrund weiter öffnen. Dazu müssen sie Personen mit Migrationshintergrund stärker in die Parteiarbeit einbeziehen, und zwar nicht nur bei migrations- und integrationspolitischen Fragestellungen. Eine stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen dürfte nachhaltig dazu beitragen, ihre politische Teilhabemöglichkeiten auszuweiten, ihr Zugehörigkeitsgefühl zu stärken und sie zu einem wichtigen Teil der freiheitlich-pluralen Demokratie zu machen. Dadurch wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Die damit einhergehenden Veränderungen sollten moderne Parteien begrüßen. Die Zukunftsfähigkeit der Parteien wird eben auch davon abhängen, ob sie es schaffen, die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden.

Anmerkungen

- (1) Vgl. Niedermayer, Oskar 2016: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016-NEU. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, Berlin.
- (2) SVR 2014: Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer, Berlin, S. 120.
- (3) Eine ausführliche Publikation ist am 16. November 2016 erschienen: <https://www.svr-migration.de/publikationen/parteipraeferenzen/>.
- (4) Vgl. Kroh, Martin/Tucci, Ingrid 2009: Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, in: Wochenbericht des DIW Berlin, 47, 821–827.
- (5) Wüst, Andreas M. 2011: Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, S. 160; Wüst, Andreas M. 2016: Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany's Immigrant-Origin Electorate, in: German Politics, 25: 3, 414–415.
- (6) Wüst, Andreas M. 2011: Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, S. 160.
- (7) Bislang bietet von allen im Bundestag vertretenen Parteien nur Die Linke auf ihrer Website einen Link zu ausgewählten Angeboten auf Englisch.

(8) Vgl. Burmester, Hanno/Krause, Laura-Kristine 2015: Mehr als nur Plakate kleben. Warum Parteien eine Mitgliederstrategie brauchen. Herausgegeben vom Progressiven Zentrum in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen, Berlin.

Autor/innen

Dr. Henriette Litta ist Leiterin des Bereichs Geschäftsführung und Organisationsentwicklung beim SVR.

Alex Wittlif ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Kontakt

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)

Neue Promenade 6

10178 Berlin

Tel. (0 30) 288 86 59 – 0

Fax. 030 / 288 86 59 – 11

E-Mail: wittlif@svr-migration.de

E-Mail: litta@svr-migration.de

Web: www.svr-migration.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de